

DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat, Albrechtstr. 2,  
58507 Lüdenscheid

An den  
Vorsitzenden  
Jens Voß

**DIE LINKE**

Fraktion im Lüdenscheider Rat

**Josef Filipppek**

Fraktionsvorsitzender

Albrechtstr. 2

58507 Lüdenscheid

Telefon 0176 54185318

josef.filipppek@rat.luedenscheid.de

**Otto Ersching**

Ratsherr

Telefon 01525 1017418

otto.ersching@rat.luedenscheid.de

www.dielinke-maerkischer-kreis.de

---

**Anfrage: Flächen für den Windkraftausbau**

23.07.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Voß,

die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) hat im Mai veröffentlicht, dass mit einer 50%igen Wahrscheinlichkeit bis zum Jahr 2026 das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens überschritten wird, zumindest zeitweise.

Schon jetzt merken wir die ersten Auswirkungen des Klimawandels: Hitzerekorde, Starkregen und Flutwellen. Durch die Katastrophen sind auch in Deutschland Todesopfer zu beklagen.

Ein weiter so darf es nicht geben.

Maßgeblich ist der massive, menschengemachte, CO<sub>2</sub>-Ausstoß dafür verantwortlich. Insbesondere drei Nutzungsarten von fossilen Energien sind für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu benennen: Stromerzeugung (30%), Wärmeerzeugung (30%), Verkehr (20%).

Gerade in NRW wird immer noch zur Stromerzeugung auf Braunkohle gesetzt. Damit ist in NRW die Braunkohle-Verstromung der größte CO<sub>2</sub>-Emittator. Im Bezug auf die derzeitige Krise durch den Ukraine-Krieg hat Bundesumweltminister Habbeck (Bündnis90) bereits bekanntgegeben, dass bei einem Ausfall von Gaslieferungen aus Russland die Kohleverstromung Priorität hat und als Backup-Lösung genutzt wird.

Es ist aber falsch, an fossilen Brennstoffen festzuhalten. Gerade jetzt in der Krise müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um auf klimafreundliche Energien umzusteigen. Ein weiter so würde die Existenz der Menschheit gefährden. Mit Kleinigkeiten darf man sich jetzt nicht mehr aufhalten. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern muss jetzt und schnell erfolgen. Dafür ist aber nicht nur die Weltgemeinschaft verantwortlich, sondern auch jede einzelne Kommune.

Die derzeitige Bundesregierung hat den Ernst der Lage bei ihren Koalitionsverhandlungen erkannt und in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass 2% der Landflächen für Windenergie vorgehalten ausgewiesen werden müssen. Geeignete Flächen sollen von der Privatisierung ausgenommen werden und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übertragen, sofern sie nicht schon in ihrem Besitz sind.

Letztendlich wird und ist die Energieversorgung auch eine soziale Frage. Steigende Strompreise können sich nicht mehr alle Menschen leisten. Insbesondere sind Menschen mit geringem Einkommen oder Menschen im SGB II, SGB III und SGB XII-Bezug betroffen. Die wirtschaftliche Existenz der Menschen steht auf dem Spiel – Stromsperrern drohen.

Energien, die aus Wind und Sonne gewonnen werden, sollten aber wesentlich günstiger sein, ein Abbau, wie bei Braunkohle oder Förderung wie bei Erdgas fällt weg. Kostenträger sind Errichtung und Wartung der Anlagen.

Auch Lüdenscheid muss Verantwortung übernehmen und den Windkraftausbau schnellstmöglich vorantreiben.

Daher bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 24.08.2022.

1. Wie groß sind die anvisierten 2% für den Windkraftausbau auf städtischen Flächen?
2. Wie viele Windkraftanlagen können auf diesen Flächen errichtet werden?
3. Wie viele Haushalte in Lüdenscheid könne mit diesen Windkraftanlagen versorgt werden?
4. Welche Investoren kommen wird den Bau der Windkraftanlagen in Betracht (z.B. Enervie, Stadtwerke Lüdenscheid, Mark E, etc.)
5. Kann die Stadt Lüdenscheid ebenfalls als Investor für Windkraftanlagen tätig werden?
6. Welche Fördertöpfe gibt es derzeit vom Land NRW und vom Bund?
7. Wie hoch kann der Strompreis aus 100% Windkraftanlagen für die privaten Verbraucher\*innen sein?

Im Voraus vielen Dank.

Freundliche Grüße

Freundliche Grüße  
Jupp Filippek  
Fraktionsvorsitzender

Otto Ersching  
Ratsherr